

Wahlprüfsteine des Bundes der Steuerzahler für die Landtagswahl 2021

I. Strategien, Maßnahmen, Haushalt

1. Was sind aus Sicht Ihrer Partei die wichtigsten drei Ziele der kommenden Legislatur?

Zu den wichtigsten drei Zielen zählen für uns gute Bildung, Arbeit und Gesundheit. Hierzu und natürlich auch zu anderen Politikbereichen haben wir in unserem Wahlprogramm mehrere konkrete Vorschläge gemacht.

2. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wurde wiederholt von verschiedenen Organisationen und Politikern die Abschaffung der Schuldenbremse gefordert. Wie steht Ihre Partei zur Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse sehen wir als Investitionsbremse seit jeher kritisch. Unsere Kritik wird zunehmend auch von Ökonomen geteilt. Gerade in Zeiten von anhaltenden Niedrig- oder gar Negativzinsen sollten vielmehr Spielräume für dringend notwendige Investitionen genutzt werden, etwa im Bereich der Infrastruktur.

3. In den Ausgaben des MV-Schutzfonds sind Maßnahmen aufgeführt, die (u.a. auch laut Aussage des Landesrechnungshofes) keinen unmittelbaren Bezug zur Pandemie haben und trotzdem mit „Corona-Schulden“ finanziert werden sollen. Wie stehen Sie zu einer Überführung des Sondervermögens in den regulären Landeshaushalt, um die Schuldenhöhe des Landes transparent darzustellen?

Wir stehen einer Überführung des Sondervermögens in den regulären Haushalt aufgeschlossen gegenüber.

4. Plant Ihre Partei die Entwicklung/Einführung eines strategischen Personalkonzepts für die Landesverwaltung unter den Aspekten der Effizienz, Kosten, Zukunftsfähigkeit?

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Personalausstattung ein. Konkrete Personalkonzepte insbesondere für die Bereiche Justiz, Polizei und Bildung haben wir bereits vorgelegt.

5. Wie will Ihre Partei das Ziel der digitalen Verwaltung gemäß OZG erreichen?

M-V gehört bei der Digitalisierung der Verwaltung bundesweit zu den Schlusslichtern. Hier brauchen wir mehr und vor allem zielgerichtete Investitionen und ausreichend Fachkräfte. Auch die Kommunen müssen hier stärker unterstützt werden. Leider werden von der Landesregierung zudem viel zu oft Fördermittel des Bundes nur unzureichend genutzt. Insgesamt ist hier das Land kaum vorangekommen und verliert zunehmend den Anschluss.

6. Gibt es Sparvorhaben, die Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode umsetzen will? Falls ja, um welche Vorhaben handelt es sich (2-3 Beispiele)?

Die rot-rote Landesregierung hat bekanntlich im Jahr 2006 erstmalig in der Geschichte des Landes einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt, der Grundlage für spätere Schuldentilgungen war. Wir können also erfolgreich konsolidieren. Große Sparvorhaben stehen aber aktuell nicht auf der Prioritätenliste, dafür ist der Investitionsstau einfach zu groß. Selbstverständlich unterstützen wir jedoch alle sinnvollen Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Hierzu zählt etwa, beim Verfassungsschutz nicht vorschnell mehr Personal einzustellen, ohne die Ergebnisse der Strukturanalyse der Expertenkommission abzuwarten.

7. Plant Ihre Partei besonders haushaltsrelevante Projekte? Wenn ja, wie gestaltet sich die Refinanzierung?

Besonders haushaltsrelevante Projekte planen wir im Bereich Bildung mit insgesamt 250 Millionen Euro jährlich, namentlich 100 Millionen Euro für das Schulbauprogramm, 60 Millionen für ein kostenloses Mittagessen und 90 Millionen Euro für 1.000 zusätzliche Lehrkräfte. Damit erreichen wir den Durchschnitt der Bundesländer für Bildungsausgaben je Schülerin und Schüler. Unsere Forderung nach einer Vermögensabgabe und Vermögensteuer für Millionäre würde das Land allein jährlich gut 300 Millionen Euro Mehreinnahmen sichern. Unabhängig davon sind erhebliche Mehrausgaben für die Schulen einfach dringend notwendig, um die Bildungsmisere entschlossen angehen zu können. Langfristig zahlen sich kluge Investitionen in die Köpfe ohnehin immer aus.

8. Zuletzt hat das Land keine Altschulden mehr getilgt. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Abbau dieser Schulden und bis wann?

Sofern es die Haushaltslage zulässt, unterstützen wir Schuldentilgungen. Bei Haushaltsüberschüssen sollte es immer einen gesunden Mix zwischen Tilgen und Investieren geben, derzeit mit Schwerpunkt auf Investitionen.

9. Das Land bildet Pensionsrückstellungen für die Beamten im Landesdienst. Sollen weitere Jahrgänge in diesen Versorgungsfonds aufgenommen werden? Wie stellt Ihre Partei sicher, dass der Versorgungsfonds die notwendige Rendite zur Leistung der gestiegenen Beamtenpensionen erwirtschaftet?

Pensionsrückstellungen für Beamtinnen und Beamte sind sinnvoll, das gilt auch für Nachwuchskräfte. Die bisherige Bewirtschaftung der Fonds kann nach den üblichen Regelungen fortgeführt werden.

10. Stichwort Werftenrettung: In nicht unerheblichem Maße ist das Land in Bezug auf die MV-Werften im finanziellen Risiko. Wie stehen Sie zur Rettung der Werften? Welche möglichen Alternativszenarien hat Ihre Partei?

Wir haben immer alle rechtlich möglichen und wirtschaftlich vernünftigen Maßnahmen zur Rettung der Werften mitgetragen. Bei den MV-Werften haben wir auch frühzeitig Alternativkonzepte eingefordert. Nachdem die Landesregierung das lange abgetan hat, hat die Koalition mittlerweile unsere Forderung aufgegriffen, um für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein. Unsere Priorität bleibt aber selbstverständlich auf den Erhalt aller Arbeitsplätze und Werftstandorte, die nicht zuletzt für die Zulieferindustrie von herausragender Bedeutung sind.

II. Steuern und Abgaben

11. Das Land führte 2021 die Grundsteuer nach dem Bundesmodell ein. Die neue Grundsteuer soll „aufkommensneutral“ gestaltet werden. Was versteht Ihre Partei konkret darunter und wie soll das sichergestellt werden?

Das Bundesmodell finden wir grundsätzlich richtig. Wir erwarten, dass die Grundsteuer tatsächlich aufkommensneutral ausgestaltet wird und nicht durch die Hintertür zu Mehrbelastungen führt. Kritisch sehen wir, dass die Grundsteuer weiterhin auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden kann. Nötig wären daher neben dem Umlageverbot zum Schutz der Mieterinnen und Mieter eine aufkommensneutrale und gerechte Grundsteuer, die sich am tatsächlichen Wert von Grund und Immobilien orientiert.

12. Strebt Ihre Partei eine Veränderung der Grunderwerbsteuer an, um z.B. den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien zu fördern? Falls ja, was ist geplant?

Zunächst fordern wir eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass auch anteilige Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend auch anteilig besteuert werden. Dadurch wollen sog. Share-Deals weitgehend unattraktiv machen, von denen bislang Konzerne bei großen Immobiliendeals profitieren. Im Übrigen stehen wir einer sozialen Komponente bei der Grunderwerbsteuer aufgeschlossen gegenüber.

13. Plant Ihre Partei die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben? Falls ja, welche und wofür?

Wir setzen uns für eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein. Die Mehreinnahmen sollen insbesondere für die Bereich Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden.

14. Wohnen wird teurer. Auch bedingt durch die Corona-Krise steigen die Preise für Strom, Heizung und Nebenkosten. Welche Pläne hat Ihre Partei zur Eindämmung/Begrenzung dieser Kosten?

Die Kostensteigerungen bei Energiekosten liegen an einer nicht sozial gerechten Klimapolitik. Die Union sorgte unlängst dafür, dass die Mehrkosten bei den Heizkosten durch den CO₂-Preis allein von den Mieterinnen und Mietern zu tragen sind. Eine hälftige Beteiligung der Vermieterseite würde entlasten und Anreize zur energetischen Sanierung schaffen. In MV sind die Strompreise am höchsten, weil hohe Netzentgelte ausgerechnet dort anfallen, wo viel Windstrom erzeugt wird. Wir wollen eine solidarische Wälzung der Netzausbaukosten. Auch müssen die Energiesteuern gesenkt und die EEG-Umlage abgeschafft werden. Eine bundesweite Mietpreisbremse, eine deutliche Anhebung der sozialen Wohnraumförderung, die wieder auf breite Schichten der Bevölkerung ausgerichtet ist, eine neue Gemeinnützigkeit beim Wohnen, ein Stopp der Bodenspekulation, das Prüfen der technischen Baustandards und vieles mehr würde dazu beitragen, dass die Wohnkosten nicht viele Menschen zunehmend überfordern.

15. MV ist ein Tourismusland. Wie steht Ihre Partei zur Kurabgabe? Sollte diese reformiert werden oder in bisheriger Form bestehen bleiben?

Die Tourismusfinanzierung muss insgesamt neu gedacht werden. Dazu gehört auch die Systematik der Kurabgabe. Ein möglicher Weg ist die Einführung einer Gästekarte, die es den Urlaubern ermöglicht verschiedene kulturelle Angebot zu ermäßigten Preisen oder den ÖPNV kostenfrei zu nutzen. Strandgebühren bzw. Kurabgaben für die einheimische Bevölkerung wollen wir abschaffen.

III. Transparenz, Verschwendung, Korruption

16. Wie steht Ihre Partei zu einer Reform des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich der Fristen und des Anfragevorgehens?

Wir setzen uns grundsätzlich für eine bürgerfreundliche Weiterentwicklung des IFG ein.

17. Am 31. Mai 2021 tagte der Landtag nach kurzfristiger Ladung in einer Sondersitzung zur Situation der MV-Werften. Kurzfristig brachten die

Regierungsfraktionen einen weiteren Antrag zur Werftrettung ein, ähnlich geschah dies auch im Zusammenhang mit der Gründung der neuen Umweltstiftung. Wie stellen Sie innerhalb Ihrer Fraktionsarbeit sicher, dass Abgeordnete vor ihrer Entscheidung im Landtag ausreichend Zeit und Informationsmöglichkeiten zu den geplanten Abstimmungen zur Verfügung stehen?

Unsere Fraktion legt großen Wert auf eine angemessene Beratungszeit, um alle Informationen erhalten und eine gründliche Meinungsbildung ermöglichen zu können. Sofern die Fristen von der Koalition zu kurz gesetzt werden, nutzen wir, sofern möglich, die Instrumente der Geschäftsordnung. Können wir uns nicht durchsetzen, bleibt uns nur die öffentliche Kritik am Vorgehen der Koalition.

18. Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um künftige Fälle von Steuergeldverschwendung auf Ebene des Landes sowie der Landkreise und der Kommunen zu verhindern?

Wesentliche Bausteine sind hier vor allem Transparenz und Kontrolle. Daher unterstützen wir alle sinnvollen Maßnahmen zur Stärkung beider Bereiche. Dem Landesrechnungshof und den kommunalen Prüfungsämtern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ein Baustein kann hier auch das Rederecht des Präsidenten des Landesrechnungshofes sein, wenn er seine Berichte im Landtag vorstellt. Bisher konnten wir uns mit diesem Vorschlag bei der Koalition leider nicht durchsetzen.

19. Wie geht Ihre Partei mit Fällen von Vorteilsnahme/Korruption in den eigenen Reihen um?

Vorteilsnahme und Korruption sind uns in unsere Partei nicht bekannt. Unabhängig davon setzen wir uns für einen transparenten Umgang ein, im Übrigen kann es im Einzelfall zu Parteiordnungsverfahren kommen. Dies liegt aber in der jeweiligen Verantwortlichkeit der Parteimitglieder bzw. Parteigliederungen. In jedem Fall schaden Vorteilsnahmen und Korruption auch dem öffentlichen Erscheinungsbild der Partei und sind auch deshalb entschieden zu bekämpfen.

20. Wie steht Ihre Partei dazu, die Verschwendung von Steuergeld unter einen gesonderten Straftatbestand zu stellen?

Wir sehen hier keinen gesonderten Handlungsbedarf. Die bestehenden strafrechtlichen Regelungen in § 266 StGB (Untreue) sind ausreichend. Zudem gibt es das Disziplinarrecht und nicht zuletzt die (öffentliche) Kontrolle durch Rechnungshof und Medien, die Verschwendung von Steuergeldern aufdecken bzw. entgegenwirken.